ePaper-Kundennummer: KN_PHONE0000011614

Landleben in Schleswig-Holstein: „Das hier ist die Rushhour in Löptin“, sagt diese Mutter mit einem Schmunzeln. „Mehr passiert hier heute nicht.“ FOTOS: ULF DAHL/PRIVAT

Schulterschluss gegen Landflucht

Deutsch-dänisches EU-Projekt soll stadtferne Regionen im Norden auf Dauer stärken und beleben

VON HEIKE STÜBEN

SCHWENTINENTAL/KIEL. In Schleswig-Holstein leben 73,5 Prozent der Menschen in Städten oder in deren Umland. Eine Folge: Es wird immer schwieriger, auf dem „platten Land“ die Grundversorgung mit Feuerwehr, Kita und Ärzten sicherzustellen. Doch wie lässt sich gegensteuern? Wie geht man in Dänemark die Landflucht an? Welche Konzepte sind in Schleswig-Holstein sinnvoll? Im EU-Forschungsprojekt „Benefit4Regions“ wird jetzt grenzüberschreitend nach Antworten gesucht.

Sie suchen nach Zukunftsstrategien fürs Land (von links): Astrid Eggert, Hauke Klünder, Christian Kliesow, Teresa Inclan, Volker Ratje, Prof. Marco Hardiman, Jens-Peter Baden, Reinhold Stauß und Alexander Mäule.

Dänemark und Schleswig-Holstein sind sich einig: Das „platte Land“ wird auf beiden Seiten der Grenze oft als „Problemregion“ gesehen – sozial, aber auch ökonomisch. Gemeinden veröden, Schulen werden ebenso geschlossen wie Landgasthöfe, Post, Bank und die letzten Geschäfte. „Die ländlichen Räume laufen leer, die Daseinsfürsorge wird immer schwieriger“, sagt Volker Ratje von der Wirtschaftsförderungsagentur Kreis Plön. „In dem Projekt suchen wir nach konkreten Auswegen. Wir wollen wieder Wachstum auf dem Land erzeugen.“

Das Markenzeichen des Projekts: Es setzt bei den Bedürfnissen der Bürger an. Beispiel Arbeitskräfte: Arbeitsplätze auf dem Land werden von jungen Leuten vorwiegend als unattraktiv empfunden. Die Folgen sind bereits spürbar. So finden etwa Pflegedienste immer schwerer Fachkräfte. „Um das zu ändern, müssen wir erst einmal wissen, was die Menschen von einem Arbeitgeber erwarten, damit sie doch dort arbeiten würden. Genau das wollen wir jetzt in einer Befragung herausbekommen“, erklärt Christian Kliesow von der Wirtschaftsförderungsagentur.

Obwohl der offizielle Startschuss erst jetzt fiel, haben die Schleswig-Holsteiner in Dänemark schon interessante Ansätze ausgemacht. In Kalundborg bringt etwa eine Messe, die zu einem Drittel von Unternehmen vor Ort finanziert wird, Absolventen und Arbeitgeber zusammen. Und es gibt ein enges Netzwerk von Arbeitsmarktakteuren: So weiß jeder, wo gerade welcher Arbeitnehmer gesucht wird.

Beispiel Wärmeversorgung: „In Deutschland hinken wir beim umweltfreundlichen Heizen weit hinter Dänemark hinterher. Dort decken Nahwärmenetze 63 Prozent des Bedarfs – bei uns sind es im Bundesschnitt nur 13,6 Prozent“, sagt Jens-Peter Baden vom Kreis Plön. Er hofft, dass man auch vom Projekt „Zero“ der dänischen Kommune Sonderburg lernt. Sie will bis 2029 CO_2-neutral werden, hat allerdings mit dem Unternehmen Danfoss einen Partner mit Geld – und der festen Überzeugung: Mit Klimaschutz lassen sich Tausende neue Arbeitsplätze auf dem Land schaffen.

„In der deutsch-dänischen Region haben wir verschiedene Kulturen auf engstem Raum. Sicher lassen sich die Lösungen dort nicht eins zu eins übertragen. Aber man muss voneinander lernen und kann daraus Neues entwickeln“, sagt Dr. Reinhold Stauß vom Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume LLUR in Flintbek. Er hält das Projekt schon deshalb für einmalig, weil die Akteure auf beiden Seiten wissenschaftlich begleitet werden.

„Am Ende sollen ein grenzüberschreitendes Netzwerk und eine Datenbank stehen. Sie soll über das Projekt hinaus das gesammelte Wissen für Entwicklung im ländlichen Raum bereitstellen“, kündigt Prof. Marco Hardimann von der Fahrhochschule Kiel an. Dort sollen alle Akteure Informationen zu den Handlungsfeldern abrufen können, die in dem Projekt beackert werden: Das sind neben Fachkräftegewinnung und umweltfreundlicher Wärmeversorgung auch die Mobilität, der Breitbandausbau, der Tourismus, die Förderung lokaler Akteure und lokaler Nahrungsmittel.

> **Die ländlichen Räume laufen leer, die Daseinsfürsorge wird immer schwieriger.**
>
> **Volker Ratje,** Wirtschaftsförderungsagentur Plön

Das Projekt „Benefit4Regions“

Das Interreg-Projekt „Benefit4Regions“ läuft bis Mitte 2019 und wird mit 2,2 Millionen Euro vom Europäischen Fonds für Regionalentwicklung finanziert. Die Akteure bringen noch einmal gut 1,5 Millionen Euro in Form von Arbeitskräften ein. Auf deutscher Seite sind die Hauptakteure die Kreise Plön und Schleswig-Flensburg, die Fachhochschule Kiel mit ihrem Forschungs- und Entwicklungszentrum und das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes. Die Projektsteuerung liegt bei der Wirtschaftsförderungsagentur Kreis Plön GmbH. Als Netzwerkpartner können sich weitere Gemeinde, Kreise, aber auch Verbände und Vereine wie zum Beispiel die Landfrauen anschließen. Als Netzwerkpartner dabei sind in Schleswig-Holstein bereits: die Kreise Ostholstein, Rendsburg-Eckernförde und Nordfriesland, die Städte Kiel, Neumünster und Fehmarn sowie das Frauennetzwerk zur Arbeitssituation und Artefact für globales Lernen und lokales Handeln. Infos bei der Wirtschaftsförderungsagentur Kreis Plön, Christian Kliesow, Tel. 04307/900-122, kliesow@wfa.de und Astrid Eggert, Tel. 04307/900-121, eggert@wfa.de

Tschentscher: Hilfen für HSH unrealistisch

KIEL. Hamburgs Finanzsenator Peter Tschentscher hält Forderungen von Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig (beide SPD) nach einer Bundeshilfe für die HSH Nordbank für kaum durchsetzbar. „Das mag man wünschen und fordern, für realistisch halte ich es nicht“, sagte er in einem Interview der „Bild“-Zeitung. Albig hatte erklärt, dass Hamburg und Schleswig-Holstein als Eigner der Bank die Kosten in Höhe von bis zu 16 Milliarden Euro ohne Unterstützung des Bundes und der EU nicht tragen könnten.

Derzeit läuft der Verkaufsprozess für die Bank. Schleswig-Holstein und Hamburg müssen sie als Auflage der EU bis zum 28. Februar 2018 weitgehend veräußern. Mögliche Käufer sollen bis zum 31. März erste Angaben machen. „Wir wissen, dass es Interessenten gibt“, sagte Tschentscher. Mehr könne er dazu derzeit nicht sagen. Er betonte aber, dass die Bank nur als Ganzes verkauft werde solle – vielleicht sogar für nur einen Euro. „Wenn der Käufer Teile unserer Haftung übernimmt, kann sich das lohnen.“

Tschentscher wies einmal mehr darauf hin, dass die Länder mit der Inanspruchnahme aus der Zehn-Milliarden-Garantie rechnen müssten. „Zusammen mit dem Geld, das wir schon verloren haben, kann es insgesamt eine Größenordnung von 16 Milliarden Euro werden“, bezifferte der Finanzsenator wie zuvor schon Albig den Gesamtschaden.

Serientäter auf Anklagebank

KIEL. Seit gestern müssen sich zwei Hamburger vor dem Landgericht Kiel unter anderem wegen schweren Diebstahls verantworten. Den 50- und 66-Jährigen wird eine Serie von Einbrüchen in Verbraucher- und Baumärkte im norddeutschen Raum zur Last gelegt, darunter auch in Bad Bramstedt, Neumünster und Oldenburg (Holstein). Allein im Famila-Markt in Bad Bramstedt erbeuteten die Täter laut Anklage Zigaretten im Wert von 21 000 Euro. Die Polizei konnte die Männer 2016 in Heide auf frischer Tat festnehmen. Sie sitzen in Untersuchungshaft. Die Angeklagten wollten sich im Gerichtssaal zu Taten und Motiven nicht äußern. Am 15. Februar wird die Verhandlung fortgesetzt. Verteidiger und Staatsanwalt erklärten ihre Bereitschaft zu einer Verfahrensabsprache. *ben*

Stegner vertwittert sich

SPD-Vize vergleicht Facebook-Geschäftsführerin mit Beate Zschäpe – und erntet scharfe Kritik

VON ROBERT MICHALLA

KIEL. SPD-Vize Ralf Stegner hat sich mit einem Tweet ordentlich Ärger eingehandelt. Stegner twitterte seine verhängnisvollen Worte am Sonntagabend zu einem Artikel von „Welt Online“, in dem es um das Verhältnis der amerikanischen Technik- und Internet-Unternehmen zur Regierung von Präsident Donald Trump ging.

Auf einem Bild zu dem Artikel war auch die Facebook-Geschäftsführerin Sheryl Sandberg zu sehen. Stegner verglich sie aufgrund ihres Aussehens mit der mutmaßlichen Rechtsterroristin Beate Zschäpe, als er twitterte: „Und ich dachte Frau Tschzäpe sei in U-Haft.“ Den Namen Zschäpes, die wegen Mittäterschaft an rassistisch motivierten Morden und Sprengstoffanschlägen vor Gericht steht, schrieb Stegner falsch.

Zwar entschuldigte er sich kurze Zeit später mit den Worten: „War ein bedauerlicher Fehlgriff, den ich deshalb auch schnell gelöscht habe. Sollte nicht vorkommen – war aber so.“ Außerdem sei „die damit verbundene Geschmacklosigkeit“ nicht beabsichtigt gewesen. Doch da rollte die Kritiklawine bereits durchs Internet; auch weil FDP-Chef Christian Lindner ein Foto des später gelöschten Tweets veröffentlichte und Stegner damit konfrontierte.

„Geht in Ihrer Position und Alter gar nicht“, lautete ein Kritik-Tweet. „#SPD Vize total Geschmacklos gegen #Facebook #Sandberg.“ Ein anderer Nutzer fühlte sich bei Stegners Kurznachricht erinnert an den „Mausrutscher“ der AfD-Politikerin Beatrix von Storch. Sie hatte Kritik an einem ihrer Tweets damit zu kontern versucht, von der Computermaus abgerutscht zu sein. Ein anderer Nutzer nannte Stegners Tweet eine „geistige Küstenkollision“.

Stegner, Partei- und Fraktionschef der Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein, hat in den vergangenen Jahren mehrfach mit Twitter-Kommentaren für Ärger gesorgt. Den wohl folgenschwersten setzte er am 15. Juli 2009 ab, als die Situation in der damaligen Großen Koalition ausgesprochen angespannt war. „Medien zeigen Retro allenthalben: Politik und Publizistik im Stil vom SH der 70er, 80er Jahre bevor Bjoern Engholm aufgeklart hat!“, schrieb Stegner seinerzeit. Nur Stunden später ließ die CDU die Koalition platzen.

Beate Zschäpe zum Verwechseln ähnlich? Facebook-Geschäftsführerin Sheryl Sandberg (li.), hier bei einem Treffen mit US-Präsident Donald Trump und dessen Vize Mike Pence. FOTO: IMAGO